

Warum auch 27 Prozent keine Mehrheit sind

Haben Sie heute in Ihrer Timeline auch schon wieder blaue AfD-Kacheln oder Grafiken der jüngsten Umfragen gefunden, vielleicht sogar geteilt? Also ich werde überschwemmt mit so was. Die AfD liegt jetzt in der Gunst der deutschen Wähler bei 27 Prozent bundesweit. Und ganz ehrlich: Bei der unterirdischen Performance und dem Dauerstreit in der Bundesregierung wundere ich mich, dass sie nicht schon an der 40-Prozent-Grenze kratzen.

Der beste Wahlhelfer für die AfD, das sind die traditionellen Parteien, unfähig zur Selbstkritik, nicht willens zu einem Befreiungsschlag und unermüdlich eine „Brandmauer“ stützend, die nicht die Lösung, vielmehr aber Kern des Problems ist.

In einer Demokratie muss man miteinander reden

Und das findet nicht statt - zumindest auf der entscheidenden Bundesebene nicht.

In Brüssel reden wenigstens die Referenten der EVP und rechter Parteien miteinander. In ostdeutschen Bundesländern reden sowieso in den Landtagen alle miteinander. Nein, halt, nicht alle, aber zumindest CDUler und AfDler.

Wie ich höre, hat man sich in vielen Stadträten und Kreistagen längst mit der ungeliebten Konkurrenz von rechts irgendwie arrangiert. In den ganz großen urbanen Zentren nicht so, in kleinen Groß- und Mittelstädten regt das alles niemanden mehr auf.

Und das ist auch richtig.

Selbst wenn mich blaue Betonköpfe in völliger Verkennung meiner Ansichten und Beiträge mit Schaum vor dem Mund täglich in den sozialen Netzwerken anpöbeln: Meine Haltung ist: (bitte hier rauskopieren!) Eine Demokratie kann nicht ein Viertel der Bevölkerung im politischen Prozess ignorieren.

Wenn man das tut, dann ist man nämlich keine Demokratie mehr. Der großartige BILD-Kolumnist Harald Martenstein hat das jüngst treffend in Hamburg formuliert.

Dass es auch in der dritten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag immer noch niemanden von der AfD im Präsidium des Hohen Hauses gibt, ist ein Skandal.

Dass das deutsche Parlament immer noch mit Mehrheit der AfD die Ausschussvorsitze verweigert, die ihr zustehen, ist ein Skandal.

Dass die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung immer noch keine staatlichen Gelder wie die anderen Stiftungen, auch die von der SED, erhält, ist ein Skandal.

Und dass zumindest CDU/CSU und SPD das nicht begreifen und ihre Strategie ändern, das ist auch ein

Skandal.

Denn es macht die AfD immer stärker, ohne dass sie etwas dafür leisten muss

Solange die AfD ausgegrenzt und unfair behandelt wird, wird sie immer stärker. Ich wiederhole mich, und es macht mich fassungslos, dass alle im Berliner Politikbetrieb das sehen und wissen – und niemand verändert etwas. Sie kennen das mit den Lemmingen, die sich begeistert in den Massenselbstmord stürzen? Das stimmt zwar real gar nicht, ist aber weit verbreitet und wird gern erzählt.

Ich bin kein Spin-Doctor in Berlin, und mir ist egal, wen oder was Sie wählen.

Mein Job ist, Informationen zu sammeln, mit vielen handelnden Personen zu sprechen und zu berichten und zu analysieren.

Ich spreche viel mit Abgeordneten aus dem Bundestag und einigen Landtagen. Bei den CDUlern und auch CSUlern widerspricht mir kaum noch einer, wenn ich das vortrage wie oben. Jeder weiß, dass eine echte Politikwende nur stattfinden kann, wenn man die AfD irgendwie einbezieht. Das muss keine Koalition sein, aber man muss mit ihnen reden.

Und dennoch passiert es nicht und wird auf Sicht auch nicht passieren.

Denn die AfD müsste beginnen, selbst etwas dafür zu tun, die Blockade aufzubrechen

Nicht nur jammern und Kacheln posten, sondern Politik machen, die anschlussfähig ist. Ich weiß, dass die Hardcore-AfDler in Ostdeutschland das gar nicht wollen. Die folgen gern dem alten „SED-Brainwash“ von einst, demzufolge Amerika das Böse schlechthin sei. Und der Sozialismus eigentlich gar nicht so übel, wenn man das Wort „patriotisch“ hinzufügt.

Aber – ich will da gar nicht von einzelnen markanten Personen sprechen – niemand im Parlament wird mit einer AfD auch nur reden, die Deutschland aus der Westbindung herauslösen will. Austritt aus der EU? Austritt aus der NATO? Amis raus aus Europa? Wie irre und geschichtsvergessen muss man sein?

Ich habe natürlich auch viel mit AfD-Politikern zu tun, sowohl West als auch Ost. Und Sie können sich nicht vorstellen, wie viele von denen todunglücklich sind mit der aktuellen Situation. Wie viele gern gestalten und auch regieren würden, etwas durchsetzen. Und genau wissen, dass sie sich innerparteilich aber arrangieren müssen mit den besser organisierten Ideologen. Mit den Strippenziehern von rechts, mit Schnellroda.

Dabei muss man auch mal mit der Mär aufräumen, dass alles immer Kampf Gut gegen Böse, rechts gegen links in der AfD ist. Das ist heute lange nicht mehr so wie zu den Zeiten des „völkischen Geflügelhofs“ um Björn Höcke. Medial werden da gern immer große Fässer aufgemacht, die aber am Thema vorbeilaufen.

Denken Sie nur an den Rücktritt von Rüdiger Lucassen als verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-

Bundestagsfraktion. Klar ist der pro West, was denn auch sonst als früherer Bundeswehr-Oberst?

Natürlich hat der mehr Sachwissen als die meisten seiner Kollegen. Und natürlich stört es die Parteiführung und die Hardcore-Systemfeinde, wenn Lucassen sachlich gut begründet auf offener Bühne am Rednerpult und damit auch auf X den Thüringer Oberideologen inhaltlich zerlegt. Aber der Grund, Lucassen raushaben zu wollen, war – glauben Sie es oder nicht – nicht eine Frage von Ost und West, sondern vornehmlich eine Frage des persönlichen Umgangs miteinander.

Aber das ist nicht mein Thema

Das soll die AfD unter sich ausmachen, die wissen schon, was gut für sie ist.

Zum Abschluss erlauben Sie mir aber noch einen kleinen Hinweis auf die Grundregeln der Mathematik!

Wenn sich die AfD feiert, dass sie in den Umfragen bei 27 Prozent liegt und stärkste politische Kraft im Land ist, die sogar drei bis vier Prozent vor der Union rangiert, dann verkennt sie, dass sie damit noch 23 Prozent entfernt von der politischen Teilhabe an der Macht in Deutschland ist. Die wird sie nie im Leben alleine überwinden können. Ohne einen Partner bleibt die AfD vor der Tür – ob sie 15, 20 oder 30 Prozent holt. Rechnen Sie das einfach noch mal kurz durch...

Warum hält eigentlich unser Bundespräsident nicht einmal so eine Rede wie die am Freitag von Martenstein?

Zu den schönsten und auch lustigsten Erlebnissen der Nachwendezeit gehört für irgendein Wahlabend im Jahr 1990. Es waren die ersten freien Wahlen in den neu geschaffenen Bundesländern in Ostdeutschland, und die SED stand als „PDS“ auf den Stimmzetteln. Die ARD schaltete nach der ersten Trendmeldung zu den Wahlpartys der Parteien – Sie kennen das. Und als man zur PDS schaltete und der Moment um 18 Uhr eingeblendet wurde, da jubelten die Genossen, als stünden sie auf der Dortmunder Südtribüne: Jaaaaaaaaa! Ich hoffe, manchen der PDS-Hanseln damals ist in dem Moment aufgefallen, dass sie gerade einen der Hauptgründe bejubelten, warum ihr sozialistisches System zusammengebrochen ist und die freiheitliche Demokratie haushoch überlegen ist.

Die freuten sich unbändig und laut, weil man in einer Demokratie auch als Demokratiefeind gewählt werden kann. Einfach so, vom Volk, ohne Manipulation, ohne dass vorher ein Modrow morgens das Ergebnis für den Abend schon auf einem Zettel zum Vollzug notiert.

It's democracy, stupid!

Das müsste man allen zurufen, die immer noch als Betonköpfe in ihren gewohnten Parteidenkschablonen ausharren – und zwar in allen Parteien. Dabei ist es erstmal vollkommen egal, ob sie CDU oder SPD, AfD oder Grüne oder was auch immer wählen. Entscheidend ist, dass sie überhaupt wählen dürfen. Dass sie wenigstens in der großen Linie die Richtung mitentscheiden können – oder am besten im Detail auch bei Volksentscheiden. Alles ist besser als Autokratien und Diktatoren. Wirklich alles. Und immer.

Der großartige Publizist Harald Martenstein hat das gerade in einem herausragenden Beitrag unter Beweis gestellt. Martenstein ist seit Langem einer der Besten unserer Zunft. Aber mit seiner Rede am Freitag im Hamburger Thalia Theater hat er einen Meilenstein der Demokratiebegründung gesetzt. Man fragt sich unwillkürlich, warum die meisten unserer Bundespräsidenten eigentlich intellektuell zu limitiert sind, um solche bestechenden und überzeugenden Grundsatzreden ans Staatsvolk zu halten.

Er warnte vor dem Hintergrund eines real drohenden Verbotsverfahrens gegen die rechte AfD, dass man *mit der Begründung, man verteidige die Demokratie, dieselbe auch abschaffen könne*. Natürlich kann man das – brillant argumentiert. Martenstein sezierte, dass klar zu entscheiden sei zwischen „rechts“ und „rechtsradikal“, erinnert an harte konservative Knochen wie Adenauer, de Gaulle und Churchill, die gegen Hitler gekämpft haben. Und wörtlich weiter:

„Das meist abwertend gebrauchte Wort Populismus suggeriert, dass es ein Fehler wäre, beim Regieren auf die Zustimmung der Bevölkerung Wert zu legen – genau diese Idee: Alle Macht muss durch den Willen der Mehrheit gerechtfertigt sein. Das ist nun einmal die Grundlage unserer Verfassung. Mit einem Verbot mehrheitsfähiger Parteien entzieht man diesem Staat seine Legitimation und verwandelt ihn in ein autoritäres Regime. Dafür muss man dann aber schon sehr gute Gründe haben. Man muss es mit einem Gegner zu tun haben, der selbst die Demokratie abschaffen will. Man muss sich in einer Notwehrsituation befinden.“

Sie müssen die Rede nachlesen oder auf [YouTube](#) anschauen... ein intellektueller Hochgenuss – versprochen! Und erst das Entsetzen im Publikum...ganz wunderbar.

Besonders gefällt mir auch diese Passage:

„Wenn Sie wollen, dass die AfD verboten wird, müssen Sie nachweisen, dass diese Partei das Land in ein anderes System überführen möchte. Zum Beispiel, indem sie alle Parteien ausschaltet, die nicht das Weltbild der AfD teilen. Also – ich wiederhole mich – indem sie ungefähr das tut, was einige von Ihnen gern möchten. Aber von einer Verbotsforderung der AfD gegen die politische Konkurrenz ist bisher nichts bekannt. Es genügt für ein Verbot keineswegs, dass einzelne Parteimitglieder rechtsextremen Bullshit von sich geben.“

...indem sie ungefähr das tut, was einige von Ihnen gern möchten

Ich glaube nicht, dass viele der Zuschauer im Thalia Theater begriffen haben, wie hart und treffend Martenstein ihnen in diesem Moment den Spiegel vorgehalten hat.

Aber erlauben Sie mir aus aktuellem Anlass noch einen anderen Gedanken zum Thema Demokratie und Betonköpfe!

Wirklich viel Resonanz erhielt ich gestern auf einen [Artikel](#) bei *TheGermanZ* über den politischen Herausforderer des amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Ungarn. Eine wahre Flut von Mails und Beiträgen in den sozialen Netzwerken, oftmals in persönlich beschimpfender Art und Weise – aber das ist ja hierzulande üblich geworden. Leider oftmals auch von Seiten der Hyperpatrioten, jedenfalls in der persönlichen Selbstwahrnehmung.

Viktor Orbán sei quasi der Superpolitiker auf europäischer Bühne; der Mann, der Brüssel die Stirn bietet, selbst wenn die Kommission seinem Land den Geldhahn zudreht. Und der, der immer noch Geschäfte mit Russland macht und das ukrainische Nachbarland in unflätiger Weise beschimpft. Darf man natürlich alles – und dabei wird dann auch wenig über Korruption und Inflation gesprochen, weil Orbán ja ein Held für Deutschlands Rechte ist.

Als Orbán am 3. April 2022 mit absoluter Mehrheit erneut zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war ich in Budapest auf einer großen und zunehmend feuchtfröhlichen Siegesparty mit dabei. Wir hatten viel Spaß an diesem Abend. Viele politische Freunde, auch aus anderen Ländern, feierten Orbáns Sieg enthusiastisch mit, so wie ich auch. Sein Verhalten gegenüber der Ukraine hat mich dann Stück für Stück von ihm entfremdet, aber Orbán ist ein beeindruckender Konservativer, der sein Land in Bereichen wie öffentlicher Sicherheit und Familienpolitik mehr als stabil gehalten hat – und dem dafür jeder Dank gebührt.

Doch nun gibt es einen Gegenkandidaten: Péter Magyar, der es schaffen könnte, den Amtsinhaber im kommenden April zu besiegen. Denn der 44-jährige Jurist gehörte früher selbst zum inneren Kreis von Orbáns Fidesz-Partei und ist ein bürgerlicher Konservativer, also kein Linker. Wäre er Sozialist, hätte er in Ungarn keine Chancen beim Wahlvolk.

Die aktuellen Umfragen in Ungarn sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Orbán und Magyar mit Vorteilen für den Herausforderer. Magyars TISZA-Partei lag bei Umfragen vom Februar 2026 bei den schon entschlossenen Wählern mit 48 zu 40 Prozent vor Fidesz. Allein wenn Sie nur den Fakt beschreiben und berichten, dass es dieses Mal eng werden könnte, werden Sie persönlich beschimpft. Das ist wirklich faszinierend zu lesen, was manche Zeitgenossen dann absondern.

Aber es gibt natürlich auch viele kluge Menschen, die mir sachlich und begründet widersprechen, weil sie meinen, Orbán müsse auf jeden Fall gewinnen und weiterregieren. Und wenn er wiedergewählt wird, habe ich kein Problem damit. Die Ungarn sollen wählen, wen sie wollen. Alles gut.

Zu den klugen Frauen mit diametral anderer Meinung gehörte heute Morgen auf Facebook auch eine bekannte AfD-Politikerin, die mir sachlich und freundlich erklärt, dass Orbán aus diesen und jenen Gründen unbedingt wiedergewählt werden müsse. Ich antwortete ihr ebenso sachlich und freundlich, dass da in Ungarn eine neue Partei plötzlich entstanden ist, die jetzt auf Augenhöhe mit dem Mann von der „Altpartei“ ist. Ob ihr das bekannt vorkomme und ob sie nicht der Meinung sei, dass man das ernst

nehmen müsse, wenn trotz des Superhelden von Fidesz da plötzlich jemand ist, der aus dem Nichts so viel Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Ich bin gespannt, ob sie antwortet...

Der Herr Ministerpräsident hat's nicht so mit dem Grundgesetz

Über die Qualität unseres politischen Führungspersonals sprechen wir täglich, und viele Bürger tun das keineswegs so gesittet wie Sie und wir hier. Wenn jemand in einer verantwortungsvollen Position unfähig ist, dann ist das schlimm.

Aber wenn solche Leute auch noch unsere Grundrechte beschneiden und die Meinungsfreiheit für Kritische Stimmen einschränken wollen, dann kann sich das schnell zu einer Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie entwickeln.

Ein besonders krasses Beispiel lieferte jetzt Schleswig Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther von der CDU ab.

Der war zu Gast im ZDF bei „Markus Lanz“ und warb für ein Social-Media-Verbot für Unter-16-Jährige, und das ist zumindest etwas, über das man einen Moment nachdenken könnte bei all dem Schmutz, der im Internet kreist. Obwohl mir auch da die Phantasie fehlt, wie man so etwas heutzutage durchsetzen könnte.

Aber dann ging es ja erst los

Denn dann haute der CDU-Mann raus, was ihn eigentlich stört: der wachsende Erfolg der freien Medien, die – die meisten seriös und an den Fakten orientiert – zunehmend politische Wirkung entfalten, wie man zuletzt an der gerade noch rechtzeitig verhinderten SPD-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht erlebt hat.

Günther fragt nicht, warum seine Parteifreunde in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschlampt und nicht richtig hingeschaut haben. Oder warum sein Bundeskanzler Fridrich Merz sich von Frau von Storch (AfD) am Nasenring durch den Bundestag ziehen ließ. Und er fragt auch nicht, warum der öffentlich-rechtliche Grundversorgungsfunk und große Medien wie Spiegel, BILD & Co. das Thema nicht entdeckt und aufgegriffen haben.

Nein, was ihn stört ist, dass da Journalisten ihren Beruf ernstnehmen, recherchieren und bedenkliche

Entwicklungen aufdecken – und dass das tatsächlich politische Wirkung entfaltet.

„Selbst Abgeordnete unserer Fraktion, die gucken sich so einen Quatsch an“, schäumte Günther, und: „Viele Medien orientieren sich mittlerweile auch an diesen ganzen sozialen Medien, indem sie selbst politische Agitation betreiben und ja nicht mehr Journalismus machen“.

„Ich glaube, wir müssen viel, viel mehr aufwachen, dass das unsere Gegner und auch die Feinde von Demokratie sind“, appelliert er dann dafür, Medien, die nicht politisch linientreu oder korrumpierbar sind, den Stecker zu ziehen.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki bezeichnete Günthers Auftritt bei Lanz danach als „absolut inakzeptables, autoritäres Geschwurbel von Daniel Günther“. Schade, dass die FDP nichts mehr zu melden hat.

Aber vielleicht könnte sich wenigstens der Verfassungsschutz mit dem fragwürdigen Ministerpräsidenten beschäftigen, der kritische Medien loswerden will. In Artikel 5 Grundgesetz steht dazu nämlich etwas anderes...

**Auch im neuen Jahr brauchen wir zum Überleben Ihre Unterstützung.
Spendenkonto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++oder PayPal @Vers 1
Medien GmbH....**

GASTSPIEL von FRANK-CHRISTIAN HANSEL: Wie der linke Demokratierettungswahn an sich selbst implodiert

Es gehört zu den großen Ironien unserer Zeit, dass der Versuch, die Demokratie, als „Unsere Demokratie“ zu retten, zunehmend ihre eigenen Fundamente untergräbt.

Unter dem Banner des „Kampfes gegen Rechts“ entfaltet sich in Deutschland ein moralischer Absolutheitsanspruch, der das Politische in alle Lebensbereiche trägt und dabei die liberale Demokratie von innen aushöhlt.

Der freiheitliche Staat verlangt von seinen Bürgern nicht mehr als Gesetzestreue. Er fordert keine Gesinnungstreue, keine ideologische Zustimmung. Genau diese Zurückhaltung ist der eigentliche

Schutzwall der Demokratie: Bürger sollen einander im Alltag als Gleiche begegnen, unabhängig von ihren politischen Ansichten. Dort, wo diese Gleichrangigkeit aufgegeben wird, wo Menschen aufgrund ihrer Gesinnung aus alltäglichen Räumen ausgeschlossen werden, beginnt der eigentliche Erosionsprozess der freiheitlichen Ordnung.

Was ursprünglich als legitimer Schutz vor tatsächlichem Extremismus begann, ist längst zu einem umfassenden moralischen Regime geworden. Ein staatlich geförderter Apparat aus „Zivilgesellschaft“, Medien und Aktivisten hat sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur Gewalttäter zu bekämpfen, sondern jede Form von Abweichung von der als einzig legitim definierten Meinung zu sanktionieren.

Die Methoden sind dabei subtil, aber wirksam

Man verweigert politischen Gegnern den Service im Restaurant, grenzt ihre Kinder in Kitas aus, kündigt ihnen die Bankkonten oder setzt Unternehmen unter Druck, die es wagen, ihnen Räume zu vermieten. All dies geschieht formal im Rahmen der Vertragsfreiheit, doch in Wahrheit entsteht eine informelle Gesinnungszensur. Die bürgerliche Gleichbehandlung wird durch eine moralische Vorauswahl ersetzt, bei der nicht mehr die Rechtstreue zählt, sondern die „richtige“ Haltung.

Noch bedenklicher wird es, wenn diese Praktiken in die Herzkammer der Demokratie, in die Parlamente selbst, vordringen. So erleben wir etwa nicht nur im Berliner Abgeordnetenhaus, dass frei gewählte Abgeordnete einer bestimmten Oppositionspartei von Gremien ausgeschlossen werden. Sie dürfen an Enquete-Kommissionen oder anderen parlamentarischen Prozessen nicht teilnehmen, obwohl sie vom Volk legitim gewählt wurden. Damit findet dieselbe Art von Ausgrenzung, die man aus dem gesellschaftlichen Alltag kennt, auch im Herzen der Demokratie statt.

Besonders bezeichnend ist, dass sich daran nicht nur die linke Seite des politischen Spektrums beteiligt, sondern auch die CDU, die sich eigentlich als bürgerliche Kraft verstehen sollte.

Indem sie solche Ausgrenzungen mitträgt, desavouiert sie sich selbst und untergräbt die Grundprinzipien parlamentarischer Demokratie. Wer den politischen Gegner aus den Gremien verbannt, verbannt letztlich auch die Demokratie aus sich selbst.

Am Ende steht ein bitteres Fazit: Der Versuch, die Demokratie durch moralische Reinheitsgebote zu schützen, führt zu ihrer schrittweisen Erosion. Was als Kampf für Toleranz begann, endet in einer intoleranten Gesinnungsordnung. Wer im Namen der Demokratie politische Gegner aus dem gesellschaftlichen Leben drängt, zerstört die Grundlagen der liberalen Demokratie selbst.

Die wahre Verteidigung der Demokratie würde darin bestehen, das Politische wieder auf seine angemessenen Sphären zu begrenzen und jedem Bürger unabhängig von seiner Gesinnung gleiche Rechte zuzugestehen.

Solange dies nicht geschieht, wird diese absurde Form des Demokratierettungswahns weiter an sich selbst implodieren - und die liberale Demokratie von innen her aushöhlen. Denn eine Ordnung, die nur

noch „richtige“ Meinungen duldet und „falsche“ Gesinnungen systematisch ächtet, verliert den Kern dessen, was sie eigentlich ausmacht.

Die Ironie dabei ist, dass dieser Prozess nicht nur von den üblichen linken Akteuren vorangetrieben wird, sondern auch von Parteien wie der CDU mitgetragen wird, die eigentlich ein Gegengewicht im Sinne eines Bürgerblocks gegen die Linksfront bilden sollten. Indem sie sich diesem moralischen Druck beugen und selbst an der Ausgrenzung von Oppositionsvertretern im parlamentarischen Raum beteiligen, unterminieren sie die Grundlagen der Demokratie, die sie zu schützen vorgeben.

Letztlich führt diese Entwicklung zu einem paradoxen Ergebnis: Die Demokratie wird im Namen ihrer Rettung ausgehöhlt. Die offene Gesellschaft, die auf Pluralismus und Meinungsvielfalt basiert, verwandelt sich in eine Gesellschaft der Gesinnungsprüfung, in der nur noch jene als vollwertige Bürger gelten, die sich dem moralischen Mainstream unterwerfen.

Solange dieser Kurs nicht korrigiert wird, wird der Demokratierettungswahn unter dem Motto eines imaginären „Kampfes gegen Rechts“ weiter an sich selbst implodieren und die Fundamente der offenen Gesellschaft weiter erschüttern. Die größte Gefahr für die Demokratie kommt dann nicht von ihren vermeintlich erklärten Feinden, sondern von jenen, die sie im Übereifer „retten“ wollen und dabei ihre eigenen vorbeglichen Prinzipien preisgeben.

Frank-Christian Hansel ist Abgeordneter der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus.

In Bad Salzuflen ist was los: Der Stadtrat will morgen die Wahl der AfD-Vizebürgermeisterin rückgängig machen

Zugegeben, es kommt nicht oft vor, dass ich schon morgens früh mit WhatsApp-Nachrichten – sogar aus dem europäischen Ausland – überflutet werde, in denen Freunde von mir wissen wollen, was denn da in meiner Heimatstadt los ist. Denn Bad Salzuflen ist in aller Munde, seit der Stadtrat in der vergangenen Woche versehentlich eine AfD-Frau zur stellvertretenden Bürgermeisterin wählte. Das war natürlich anders geplant, aber drei Stadträte anderer Fraktionen – die Grünen werden es nicht gewesen sein – stimmten für Sabine Reinknecht, und jetzt ist sie nun mal da, weil auch noch andere Ratsmitglieder aus irrigen Gründen mit Nein oder Enthaltung stimmten.

Sie werde ihr Amt verantwortungsvoll ausüben versicherte Frau Reinknecht nach der überraschenden Wahl, aber daraus wird wohl nichts. Denn morgen kommt der Stadtrat erneut zusammen, und dann wird

über die Abwahl der AfD-Kommunalpolitikerin entschieden.

Da aber genau fangen die Probleme an

Wahlen mit unerwartetem Ausgang rückgängig zu machen – das sollte in einem demokratischen Rechtsstaat nicht einfach so durchlaufen.

Wir haben das damals nach der unerwarteten Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen erlebt, wo eine Bundeskanzlerin aus Südafrika verfügte, dessen Wahl müsse umgehend „rückgängig“ gemacht werden, weil er seine Mehrheit nur mit den Stimmen der Höcke-AfD geschafft habe. Und, wie das dann so war bei Frau Merkel, alle machen mit, alle machen rückgängig.

Für mich war das damals eine der schwärzesten Stunden der deutschen Demokratie seit 1949. Die Wahl in Thüringen war rechtsgültig und ist formal einwandfrei zustande gekommen. Weil einem das Ergebnis nicht gefällt, wird neu gewählt? Ernsthaft?

Bad Salzuflen ist ein liebenswertes Städtchen, in dem ich die ersten 25 Jahre meines Lebens gut und gerne verbracht habe. Tatsächlich wurde ich 1979 unmittelbar nach dem Abitur in den Stadtrat gewählt auf dem Ticket der CDU. Ich war damals 19 Jahre jung und damit der jüngste Stadtrat in ganz Nordrhein-Westfalen, was mir eine ganze Seite in der „Lippischen Landeszeitung“ und sogar eine Würdigung in der BILD einbrachte, die allerdings meinen Namen falsch schrieb. Schwamm drüber!

Damals gab es im Stadtrat nur drei Parteien: die CDU, die mit Kurt Dröge den Bürgermeister stellte, die SPD und die FDP. Beim Schnittchen-Essen nach einer Ratssitzung sprach mich mal der SPD-Fraktionschef an und versicherte mir, dass ich ja ein netter Kerl sei, aber dass ihn störe, dass ich nicht im Anzug, sondern in Jeans und ohne Krawatte zu den Ratssitzungen erscheine. Gute alte Zeit, oder?

Heute ist die Situation in Bad Salzuflen, sagen wir, unübersichtlich, denn der Wähler hat sich für bunte Vielfalt entschieden

Dem Rat der Stadt gehören heute neben CDU, SPD, Grüne und – Achtung, festhalten! – der FDP, auch die AfD, die Freien Wähler und die USD an, eine Abspaltung der CDU, die auf respektable 5,07 Prozent kam. Bürgermeister ist Dirk Tolkemitt, den ich noch aus der Jungen Union (JU) kenne, und der im Rathaus einen guten Job macht, was ihm bei der jüngsten Bürgermeisterwahl fast 75 Prozent der Stimmen einbrachte. Hat er verdient. finde ich.

Aber Tolkemitt ist auch sauer über die Entscheidung für eine Vizebürgermeisterin von der AfD, und das völlig zurecht

Denn die „Lippische Landeszeitung“ hat mal recherchiert, was denn diese Frau Reinknecht so von sich gibt. Und da findet sich – oder fand, weil sie es inzwischen auf Facebook gelöscht hat, – all das, was alle anderen Parteien in Deutschland davon abhält, mit der AfD zusammenarbeiten.

Kostprobe? Die „Lippische Landeszeitung“ fand ein sogenanntes „Reposting“ von ihr, wo sie unter dem Foto eines dunkelhäutigen Mannes von „eingewanderten ‚Zuchtbullen‘“ zu lesen war. Und ein Foto von ihr mit Björn Höcke darf auch nicht fehlen. Aber die Frage ist nicht nur, warum die AfD diese Frau nach vorne stellt, die so drauf ist wie Frau Reinknecht offenbar, sondern auch, ob die Salzufler Senioren demnächst bei den Weihnachtsfeiern in allen Ortsteilen bei Kerzenlicht und Butterkuchen die Festansprache ausgerechnet von ihr hören wollen.

57 Mitgliedern des Stadtrates haben den Abwahlantrag gegen die Vizebürgermeisterin von der AfD unterschrieben. 48 Stimmen reichen zur Abwahl, das dürfte morgen glatt durchgehen. Aber ist dann alles gut? Nein, ist es nicht. Wenn jemand gewählt wird durch „Denkzettel“-Verteilen, Unaufmerksamkeit oder gar Doofheit Einzelner, dann ist diese Kandidatin dennoch demokratisch gewählt worden.

Die bürgerliche Mitte versagt immer wieder - in Weimar und auch hier und heute

Nach dem Jugoslawienkrieg in den 1990er und frühen 2000er Jahren strömten Hunderttausende Flüchtlinge - vornehmlich aus Bosnien-Herzegowina - nach Deutschland. Der Jugoslawienkrieg war die blutigste Auseinandersetzung in diesem Teil der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und bis 2022, als Russland mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine begann. Durch Völkermord und Massaker starben mehr als 200.000 Menschen auf dem Balkan, bis - nach unzähligen diplomatischen Bemühungen der EU und einzelner profilgeiler Wichtigtuer aus dem deutschen Politbetrieb - die NATO militärisch eingriff und den Krieg innerhalb von wenigen Tagen beendete.

Fast 300.000 Flüchtlinge vom Balkan kamen zwischen 1991 und 1993 aus den Jugoslawien-Nachfolgestaaten nach Deutschland und beantragten Asyl. Eine große Herausforderung für einen - wieder einmal - unvorbereiteten Staat.

Unterricht fiel in den Schulen aus, die zu Unterkünften für die Flüchtlinge umgewandelt wurden. Turnhallen und Freibäder blieben geschlossen. Und was das alles wieder kostet... Schnell trat eine neue rechte Partei auf den Plan. Die Republikaner von Franz Handlos und Franz Schönhuber - gegründet schon vorher nach dem straußschen Milliardenkredit für die DDR - sprang auf das Thema „Überfremdung“ auf und hatten Erfolg. Wahlsiege bei den Europawahlen und den Urnengängen fürs Berliner Abgeordnetenhaus und den baden-württembergischen Landtag folgten schnell.

Und wissen Sie was? CDU und CSU setzten sich mit der SPD zusammen und begannen, das Problem zu lösen. Geld für Rückreise und eine kleine Starthilfe und der Zug der Flüchtlinge in die Heimat setzte sich in Marsch. Und bald darauf verschwanden auch die Republikaner wieder aus der deutschen Politik, was - zugegeben - nicht nur damit zu tun hatte, aber eben auch.

Im Grunde ist vieles vergleichbar zwischen dem Aufstieg der Republikaner damals und dem der AfD heute. Ein unverfängliches Thema, das die bürgerliche Mitte ansprach, verschlafen von den sie traditionell vertretenen Parteien Union, FDP und Teilen der SPD. Hier Milliardenkredit, da Euro-Rettungsschirm. Nichts mit Nazis und dergleichen. Doch es lief halt alles parallel – solche neuen Parteien ziehen gescheiterte Existenzen, die vorher oft schon in drei, vier oder mehr Parteien waren, eben auch an. Glücksritter und Spinner, neben den vielen anständigen Patrioten und Idealisten, die etwas für ihr Land tun wollen.

Die Mainstreammedien schießen sich auf die böse Entwicklung rechts ein, die traditionellen Parteien skandalisieren, wo immer sich die Gelegenheit ergibt. Der Verfassungsschutz wird in Stellung gebracht – alles schon mal erlebt vor 30 Jahren.

Nur damals taten Union und SPD etwas, was denen heute abgeht

Sie lösten einfach die Probleme, die Millionen Bürgern auf den Nägeln brannten. Auch damals gab es eine „Brandmauer“, aber die wurde nicht wortreich deklariert. Und das Konzept hatte Erfolg, weil die Bürger sahen, dass die Schulen wieder für Unterricht genutzt wurden und die Geduldeten in ihre Heimat zurück reisten.

Warum versagt die vielzitierte, allerdings auch geschrumpfte bürgerliche Mitte heute?

Warum setzen sie sich nicht zusammen und erledigen ihren Job? Ich verstehe es nicht.

Als Friedrich Merz im dritten Anlauf endlich CDU-Vorsitzender wurde, versprach er, er werde die AfD-Wählerschaft durch beherzte Politik und eine „Politikwende“ halbieren. Wir alle sehen, dass die AfD sich seit der Ankündigung von Merz mehr als verdoppelt hat. In der Wirtschaft würde ein Manager mal den Rechenschieber zur Hand nehmen und versuchen, die bisher offenkundig falsche Strategie zu korrigieren. Aber sie machen es nicht. Merkel 2015 und nun die aktuelle Bundesregierung sind wie eine andauernde Frischzellenkur für die AfD. Und kein Ende ist abzusehen.

Und das ist schlecht

Denn, wenn man nicht miteinander spricht und keine Ergebnisse zustande bringt, dann ändert sich nichts. Also: diese Regierung muss endlich liefern mit der Politikwende. Oder die Union muss aussteigen aus dem schlingenden Narrenschiff dieser Koalition und eine Minderheitsregierung bilden. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht, denn in einer schweren Wirtschaftskrise mit Hunderttausenden gefährdeten Arbeitskräften kann man weder eine Regierung bilden mit den Fußkranken der Weltrevolution um Frau Reichinnek und ihre SED-Getreuen noch mit der AfD, die um den Möchtegern-Imperator in Moskau herumscharwenzelt und aus der EU austreten will. Wie soll das funktionieren?

Die Krux ist nur: Wenn sie so weitermachen wie bisher, dann werden die Ränder rechts und links immer stärker, was im schlimmsten Fall unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in ihrer Existenz bedroht.

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit.

Auch in der Weimarer Republik ist es dem totalen Versagen der bürgerlichen Mitte zu verdanken, dass irgendwann Kommunisten und Nationalsozialisten die Demokratie in die Zange nahmen und überwältigen konnten.

Die Bürgerlichen trafen sich derweil in Hinterzimmern, frönten ihren Machtinteressen und glaubten, sie könnten die NSDAP einwickeln und für ihre oftmals kommerziellen Interessen instrumentalisieren. Doch die Rechten und Linken waren auf den Straßen und kämpften für ihre Ziele - mit Erfolg.

Das Versagen der bürgerlichen Mitte in der Weimarer Republik war ein entscheidender Faktor für deren Untergang. Zersplitterung des Parteiensystems, mangelnde Unterstützung für die Demokratie und die Institutionen und natürlich die Unfähigkeit, die existenziellen Herausforderungen des Staates im Sinne der Bürger zu bewältigen - daran ist die Weimarer Republik gescheitert. Fällt Ihnen etwas auf?

Genau. Das Vertrauen in die Institutionen unseres Staates sinkt auch im modernen Deutschland seit Jahren. Das politische Personal - denken Sie nur an den aktuellen Bundespräsidenten - regt nicht dazu an, den Kampf um unsere Freiheit gemeinsam aufzunehmen. Die Parteienlandschaft und die Wahlergebnisse führen zu immer schwierigen Regierungsbildungen. Schauen Sie sich jetzt schon die bunte Höcke-Verhinderungscoalition in Thüringen an! Und gut möglich, dass die AfD nächstes Jahr nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine Regierung mit dem BSW bildet. Na, dann wird es Feuer unter dem Dach geben.

Und alle schauen zu, alle bestellen wie immer ihre bunten und inhaltslosen Wahlplakate, die längst von Firmen geklebt werden müssen, weil es eine aktive Basis kaum noch gibt bei CDU und SPD. Grüne und FDP gibt es vielerorts gar nicht mehr. Und außerdem gehören die Grünen nicht zur bürgerlichen Mitte - so wie viele Sozis auch nicht.

Die immer schwächer werdende politische Mitte und die wachsende Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft führen dazu, dass Wähler vermehrt zu Parteien abwandern, die - sagen wir - mit einfachen Lösungen und kernigen Sprüchen auf Stimmenfang gehen.

Es gäbe noch viel zu schreiben und zu sagen zu diesem Thema. Zur Unfähigkeit der Bürgerlichen, politische Aktion zu betreiben, auf die Straße zu gehen, auch materiell mal einen Urlaub im Jahr auszulassen und zu helfen gegen das links-woke Millionenkartell der NGOs, deren Kampf gegen unsere Überzeugungen wir selbst über Steuern finanzieren müssen. Und kann man es der AfD verdenken, die jahrelang von der Mehrheit im Bundestag schlecht behandelt wurde, man ihnen die ihr zustehenden Posten und Gelder vorenthält, jetzt, in einer Zeit, wo JD Vance und Elon Musk zu ihrer Wahl aufrufen und Putins Kreml-Clan gern Einladungen an AfD-„Diplomaten“ ausspricht zu „Friedensgesprächen“ in Moskau oder Sotchi, dass sie ihr eigenes Spiel selbstbewusst spielt? Und alle gucken hilflos zu oder phantasieren vom Parteiverbot.

Zum ersten Mal habe ich Angst, dass unsere Gesellschaft kippt. Dass es nicht gut enden wird. Und schuld

ist die bürgerliche Mitte, die verlernt hat zu kämpfen für das, für das es sich zu kämpfen lohnt... für Deutschland.

Das Versagen der bürgerlichen Mitte - im Dezember finden dazu zwei bürgerlich-konservative Stammtische in Düsseldorf und Potsdam statt. Wenn Sie dabei sein möchten, schreiben Sie mir an k.kelle@the-germanz.de!

Gedanken zum Mord an Charlie Kirk (31)

Es ist kein guter Morgen. Denn Charlie Kirk ist tot. Erschossen auf dem Campus der Utah Valley Universität. Angeblich hatte das FBI einen Verdächtigen in Gewahrsam genommen, wie man das heute formuliert im Mainstream.

Charlie Kirk (31), einer der top konservativen Podcaster in den Vereinigten Staaten und wirkmächtiger Unterstützer von Präsident Donald Trump, hätte wohl schnörkellos formuliert, dass man den Mann verhaftet und eingesperrt habe. Aber egal, nach Vernehmung soll der Verdächtige sowieso inzwischen wieder auf freiem Fuß sein.

Linke Medien, auch in Deutschland, haben vergangene Nacht schon angefangen, die Tragödie in ihrem Sinne zu framen. Kirk sei ein „Scharfmacher“ gewesen, ein „rechter Aktivist“. Aber das ist Bullshit. Charlie war ein junger Konservativer, der sich keiner Debatte verweigerte, der auch zuhören konnte und seinen Standpunkt vertrat, wo auch immer man ihm die Möglichkeit dazu gab. Wie jetzt in Utah, wo er vor Studenten redete, als man in der Mittagzeit einen Schuss auf ihn abgab und sein junges Leben beendete.

Charlie Kirk war ein Demokrat im besten Sinne des Wortes

Er suchte die Debatte mit Gleichgesinnten und Gegnern, Linken und Rechten, Trump-Gegnern und Trump-Fans. Er tat das, was zum Wesen der Demokratie gehört, und das funktioniert so: Auf der Basis sachlicher Informationen, vermittelt durch unabhängige Medien, bilden sich Menschen eine eigene Meinung. Und viele Menschen streiten dann darum, wie ihre eigenen Ideen gemeinsam zum Wohl der Gemeinschaft genutzt werden können. Dann wird darüber abgestimmt, und es wird umgesetzt. So einfach ist die Grundidee, und so pervertiert wird das heutzutage.

Ich weiß nicht, ob Sie Anfang der Woche das wunderbare Video von Nius-Chef Julian Reichelt gesehen haben, der in Berlin als Gastredner bei der Jungen Union in Tempelhof eingeladen war.

Natürlich standen ein paar linken Gegendemonstranten vor der Tür, und Julian ging einfach mal mit

einem Mikrofon über die Straße und sprach einzelne seiner Gegner direkt und freundlich an, um zu erfahren, was sie denn eigentlich gegen ihn hätten. Die Antwort war das stumpfsinnige Brüllen von völlig sinnfreien Parolen. „Alerta, alerta, antifascista!“, kreischten die linken Hohlbirnen, anders kann man diese gehirngewaschenen Typen wirklich nicht bezeichnen, und spontan fühlte ich mich an die dunkelsten Stunden unseres Landes erinnert, wo junge Leute auch losgeschickt wurden, nachdem man ihnen gesagt hatte, wer der Feind ist. Und dann marschieren sie los, damals und heute.

Hohlbirnen, ja das trifft es perfekt

Und es gibt übrigens auch rechte Hohlbirnen, und Hohlbirnen in der Mitte, verstehen Sie mich da bitte nicht falsch!

Aber der Meinungs-austausch, das Zuhören und das Argumentieren – das ist die Blutader der Demokratie, das bestimmt den Herzschlag der Freiheit einer Gesellschaft.

Charlie Kirk stellte sich der Debatte mit Andersdenkenden gestern an der Utah Valley University – 3000 interessierte Zuhörer waren gekommen, um ihn zu erleben und zu hören, was er sagt. Auch Kirks Frau Erika Frantzve und die beiden gemeinsamen Kinder, ein Sohn und eine Tochter waren darunter. Einer der Teilnehmer fragte Kirk, ob er wisse, wie viele „mass shooters“ (Amokläufer) es in den USA in den vergangenen zehn Jahren gegeben habe. Kirk erwiderte, ob in der Zahl auch Gang-Schießereien enthalten sein sollten. Einen Augenblick später traf ihn der tödliche Schuss am Hals.

Irgendein Irrer hat Charlie ermordet, weil dem Täter dessen Meinung nicht gefiel. Weil er wohl zu den Menschen gehört, die andere Überzeugungen nicht aushalten können. Wir haben solche Gestalten auch in Deutschland, ob sie Kalifatsfreunde des IS sind, Pro-Hamas-Schreihälse, Antifa oder Reichsbürger heißen. Ja, es sind Hohlbirnen, aber dieser Begriff ist viel zu niedlich für das, was sie wirklich sind. Sie sind Feinde der Freiheit, Feinde von uns allen.

Die Ermordung Charlie Kirks ist eine schreckliche Mahnung an uns alle, die es mit Freiheit und Demokratie ernst meinen, nicht aufzugeben. Niemals. Sonst verlieren wir irgendwann alles.

Ich verneige mich vor dem Engagement von Charlie, für seinen Mut und die Liebe zu seinem Land. Und ich bete für seine Frau und die Kinder.

Möge Dir das ewige Licht leuchten, Charlie!

Der große Unterschied: In der Ukraine kann man auch im Krieg gefahrlos gegen die eigene Regierung demonstrieren

Jetzt kommen sie wieder aus ihren Löchern, all die Internet-Helden, die jede Gelegenheit nutzen, um den frei gewählten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu schmähen. Irgendwann verfangen die lächerlichen Geschichten von seinem geheimen Milliardenvermögen, seinem angeblichen Spielcasino auf Zypern und den vom deutschen Steuerzahler bezahlten Seidenstrümpfen für seine Frau aus London nur noch bei den ganz Doofen oder Böswilligen. Aber jetzt ist wieder richtig was los in Kiew – also abseits der nächtlichen russischen Raketen- und Drohnenangriffe.

In der ukrainischen Hauptstadt wird nämlich seit vorgestern lautstark gegen Präsident Selenskyj auf den Straßen protestiert – und das hat er sich verdient.

Selenskyj unterschrieb nämlich am Dienstagabend ein Gesetz, das die Unabhängigkeit der beiden wichtigsten Antikorruptionsbehörden im Land stark beschneidet. Durch das Gesetz werden das Nationale Antikorruptionsbüro (Nabu) und die Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung (Sapo) ab sofort dem Generalstaatsanwalt unterstellt. Und der wird direkt vom ukrainischen Präsidenten ernannt.

So werde nahezu ausgeschlossen, dass diese wichtigen Behörden zukünftig noch unabhängig ermitteln können zum Beispiel gegen Freunde und Weggefährten Selenskys, fürchten viele Ukrainer.

Schwer einzuschätzen, ob das tatsächlich so wird, aber ja, natürlich besteht die Gefahr, dass Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Ukraine nicht mehr intensiv betrieben werden. Selenskyj begründet sein Vorgehen, das bei der EU in Brüssel in Bezug auf die Beitrittsambitionen seines Landes gar nicht gut ankommt, mit dem nach wie vor bestehenden russischen Einfluss auf ukrainische Behörden. Am Dienstag sagte er: „Die Infrastruktur zur Korruptionsbekämpfung wird funktionieren, aber nur ohne russischen Einfluss – dieser muss beseitigt werden.“

Als am Dienstagabend die ersten Agenturmeldungen über die Proteste in Kiew hier eintrafen, war die Rede von einigen Hunderten Demonstranten. Das haben wir so berichtet. Heute wissen wir, dass es offenbar viele Tausende Menschen waren, die in Kiew, Lwiw, Odessa und Dnipro auf die Straßen gingen.

Und weil wir – wie alle anderen – zunächst von Hunderten nur in Kiew berichteten, hatten die Verschwörungsexperten in den asozialen Netzwerken mächtig zu tun, schließlich bin ich ja nur eine NATO-Marionette und müsse sowas schreiben, und bei BILD war ich auch ein paar Jahre, ich böser, böser „Systemling“. Ach hatten die Kremlstricher Spaß vorgestern.

Sei's drum, ich halte das neue Gesetz in Bezug auf die Antikorruptionsbehörden auch zum jetzigen Zeitpunkt für keine gute Idee.

Aber ich nehme zur Kenntnis, dass das Gesetz im ukrainischen Parlament debattiert und dann

beschlossen wurde. Man nennt das Demokratie, so wie man es Demokratie nennt, wenn sogar in einem barbarischen Krieg Tausende Bürger ungehindert auf die Straße gehen können, um für ihr politisches Anliegen zu demonstrieren und gegen die eigene Regierung zu protestieren.

Genau das zeigt den Unterschied zu Russland, genau deshalb ist es wichtig, dass wir, die Europäer, die Amis, der ganze Westen die Ukraine weiter nach Kräften unterstützt. Sogar viel mehr als bisher. Diese mutigen Menschen dort wollen zum Westen gehören und frei sein, und sie wollen sich nicht Putins Joch unterwerfen.

Aber die Hetzer im Netz werden Sie nie durch Fakten überzeugen können. Denen ist das Schicksal der Ukraine egal, die nächtlichen Bombardements, all das Töten, Foltern und Vergewaltigen – sie wollen, dass Russland es dem bösen Westen mal so richtig zeigt. Aber es sind die Ukrainer, die uns gerade eindrucksvoll zeigen, dass sie es ernstnehmen mit ihrem Weg in den Westen.

Die Ukraine-Verächter fluten indes weiter das Netz mit alten Kamellen von Selenskyj, der angeblich gar nicht mehr im Amt sei, weil die Wahlperiode abgelaufen ist. Tatsächlich sieht die Verfassung der Ukraine aber vor, dass im Falle eines Krieges oder von Naturkatastrophen Wahlen für die Dauer der Krise ausgesetzt werden können. Nur das macht die Ukraine. Wenn Russland den Krieg morgen aufgibt, dann kann gewählt werden. Vorher nicht....

GASTSPIEL FABIEN MAURICE (Paris): Jetzt ist der Moment, sich zu erinnern, wer wir sind - und unsere Gesellschaft vor dem drohenden moralischen Suizid zu bewahren

Die Barbaren stehen nicht mehr vor den Toren – sie sind längst mitten unter uns. Islamisten, Kulturmarxisten, woke Fanatiker – sie alle greifen das Herz des Westens an: Israel, Freiheit, Vernunft, das Christentum. Während in Tel Aviv die Sirenen heulen, verteidigt man in Berlin das Recht auf den „Free Palestine“-Ruf. Auf den Straßen Europas marschieren Hamas-Sympathisanten, in unseren Talkshows rechtfertigen Experten – oder solche, die man dafür hält – deren Hass. Und im Hintergrund: Schweigen, Wegducken, Feigheit. Wo ist die Gegenwehr?

Bereits 2022 beklagte der britische Publizist Douglas Murray in seinem Buch „The War on the West“, dass es unter Intellektuellen in Europa und den Vereinigten Staaten kaum noch ungewöhnlich sei, die Grundlagen unserer westlichen Zivilisation zu kritisieren – als wären von ihr nur Übel ausgegangen. Was mitnichten der Fall ist.

Israel - das gehasste Gewissen der Moderne

Ein aktuelles Symptom für den westlichen Selbsthass sieht Murray im Umgang mit Israel.

Am 7. Oktober 2023 ermordeten Hamas-Terroristen mehr als 1.200 Israelis - die meisten davon Zivilisten. Die Reaktion in Europa? Betroffenheit, Relativierung - und auf den Straßen: offener Jubel. In Berlin, in London und anderswo. Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten, wird inzwischen dämonisiert. Nicht die Barbarei der Hamas, sondern Israels Selbstverteidigung wird skandalisiert. Eine perfide Umkehrung, bei der leider auch Mitglieder der Bundesregierung mitwirken. Als wären jahrzehntelange Warnungen vor einem Wiedererstarken des Antisemitismus ignoriert worden - in Europa wie in Großbritannien.

Beim Glastonbury-Festival, einst Symbol friedlicher Jugendkultur, werden inzwischen antisemitische Rapper gefeiert. An Universitäten wie Harvard oder der FU Berlin werden jüdische Studenten bedroht. Israel steht an der Frontlinie des westlichen Selbsthasses - und kaum jemand greift ein.

Das toxische Erbe der Merkel-Ära

In den frühen 2010er Jahren gaben sich westliche Politiker noch demonstrativ selbstbewusst, wenn es um die pädagogische Kraft der Demokratien ging. Als der damalige Bundespräsident Christian Wulff sagte: „Der Islam gehört zu Deutschland“, war das weniger eine empirische Feststellung als eine politische Umerziehungsmaßnahme - weniger für Migranten als für einheimische Deutsche, die in der Schule noch etwas anderes gelernt hatten. Die Ära Merkel setzte diese Linie fort - mit offenen Grenzen, staatsnaher Medienpolitik und einer moralischen Entgrenzung, die zwischen Opfer und Täter oft nicht mehr unterscheiden wollte. Ein Kopftuch wurde zum „Freiheitszeichen“, der Hinweis auf Clan-Kriminalität oder Messerattacken als „rechts“ diffamiert.

Statt westliche Werte zu schützen oder behutsam weiterzugeben, wurden Parallelgesellschaften etabliert - mit staatlicher Förderung.

Der demografische Sprengsatz tickt

In einigen Stadtvierteln europäischer Großstädte liegt der Anteil muslimischer Kinder bei über 80 Prozent. Das wäre kein Problem, wenn Integration tatsächlich stattfände. Doch oft lernen diese Heranwachsenden nicht demokratische Grundsätze, sondern ein Machogebaren mit islamistischem Anstrich. Statt Leistung: Opferkult. Statt Rechtsstaat: Ehrkultur und religiöse Paralleljustiz.

Auch die demografische Entwicklung selbst ist besorgniserregend. Douglas Murray analysierte bereits in „The Strange Death of Europe“ (2017), dass Europa nicht nur seine kulturellen Grundlagen verliert, sondern sich auch biologisch nicht mehr erneuert. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern eine nüchterne Rechnung - und Mathematik lügt nicht.

Migration ohne Assimilation führt nicht zu Vielfalt, sondern zu Fragmentierung. Und viele dieser neuen

Milieus dienen – vorsichtig formuliert – kaum der Weitergabe westlicher Werte. Wer von einem neuen gesamtgesellschaftlichen Wir-Gefühl träumt, sollte sich die Zahlen ansehen.

Die Kirchen schweigen – und segnen den Zerfall

Die Kirchen hätten die Hüter der westlichen Ordnung sein können. Stattdessen ducken sie sich weg – oder machen mit. Evangelische Bischöfe gendern Gebete, katholische Priester feiern symbolträchtige Fußwaschungen mit Imamen. Für verfolgte Christen im Nahen Osten? Keine Mahnwachen. Für Opfer islamistischer Gewalt? Kein Gebet. Für Israel? Nur zaghafte Worte, wenn überhaupt.

Eine Kirche, die Christus vergisst, vergisst auch ihre jüdischen Wurzeln – und kann keine kulturelle Identität mehr verteidigen.

Sind es Schuldgefühle? Auschwitz? Kolonialismus? Vietnam?

Oder ist es schlicht Angst vor Klarheit? Gerade in dem Moment, in dem sich der Westen zunehmend selbst relativiert, marschieren andere mit Zielstrebigkeit. Und die, die marschieren, sind nicht notwendigerweise zivilisatorisch führend.

Die Linke verachtet oft die bürgerliche Ordnung, bleibt aber selbst kulturell und wirtschaftlich marginal. Und wer islamische Hochkulturen würdigen will, muss in der Regel weit zurückschauen oder sich auf einzelne Regionen wie Istanbul oder Isfahan konzentrieren – nicht auf radikalisierte Stadtviertel Europas.

Wirtschaftseliten: Retter oder Brandstifter?

George Soros fördert NGOs, die mitunter westliche Ordnungen infrage stellen.

Bill Gates hat sich nie zum Islamismus geäußert, investiert aber massiv in Laborfleisch und alternative Ernährungstechnologien. Elon Musk bekennt sich zur Meinungsfreiheit, Peter Thiel warnt vor einem neuen Totalitarismus aus globalistischer Hypermoral.

Doch wer führt den eigentlichen Widerstand gegen die antiwestlichen, antisemitischen und antichristlichen Kräfte? Wer riskiert Ruf, Wohlstand, Einfluss für Wahrheit?

Der Westen ist kein geografisches Konstrukt. Er ist Rom, Athen, Jerusalem – Paulus, Platon, Cicero, Churchill. Er ist Aufklärung und Glaube, Vernunft und Seele. Eine Kultur, die Menschenrechte und Würde nicht als Slogan kennt, sondern als geschichtliche Errungenschaft.

Douglas Murray betont: Der Westen ist die einzige Kultur, die den Gedanken universeller Menschenrechte entwickelt hat – und dieser Gedanke verdient es, verteidigt zu werden. Nicht trotz seiner Fehler – sondern wegen seiner einzigartigen Leistungen.

Jetzt wäre der Moment

Deshalb hatte Angela Merkel recht, als sie einst davon schwärmte, dass die Toleranz die Seele Europas sei. Doch zu dieser Erkenntnis gehört auch ein zweiter Denkschritt, den Karl R. Popper formuliert hat. Der Vordenker der Offenen Gesellschaft warnte hellsichtig: Keine Toleranz den Intoleranten. Gemeint waren damit natürlich nicht die Verteidiger der Freiheit, sondern ihre Feinde – innen wie außen.

Jetzt wäre der Moment, sich zu erinnern, wer wir sind. Und wer wir auch zukünftig sein wollen. Vom Bundeskanzler bis zum kleinsten Beamten, vom liberalen jüdischen Intellektuellen bis zum gut integrierten Deutsch-Türken, von der konservativen Gläubigen bis zur säkularen Gewerkschaftlerin. Der Westen ist unser aller Verantwortung. Und unsere letzte große Chance.

Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist das Aushebeln der Demokratie durch Demokraten

Was die Mehrheit des Deutschen Bundestages offenbar weiter vorhat mit der AfD zu machen, ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie. Diese Arroganz der Macht, dieses mit Mehrheit durchsetzen, dass der freie Wille von mehr als 10 Millionen Wählern ignoriert wird, das untergräbt jedes Vertrauen in den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Man muss die AfD weder mögen noch wählen, aber man muss sie fair behandeln, so wie alle anderen Parteien selbstverständlich auch.

Die größte Oppositionspartei ist nicht im Präsidium des Parlaments vertreten. Sie bekommt die Vorsitze in den ihr zustehenden Fachausschüssen nicht, und die parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung bekommt die staatlichen Zuschüsse nicht, die ihr zustehen. Einfach, weil man sie als „rechts“ brandmarkt. Gestern saß die Obergrüne in irgendeiner Fernseh-Talkrunde und bekräftigte im Brustton moralischer Überzeugung, die Demokraten müssen gemeinsam jede Gefährdung der Demokratie stoppen.

Aber sie selbst gefährdet unsere Demokratie mit diesem undemokratischen Handeln

Was sie nämlich nicht erklärte: Wer entscheidet denn, wer und was eine Gefahr für unsere Demokratie ist? Die Grünen? Viele Bürger halten diese Partei für die größte Gefahr in unserer demokratischen Gesellschaft.

Zu den wichtigen Merkmalen der demokratischen Gesellschaft gehört der Schutz von Minderheiten. Die AfD ist mit derzeit 24 Prozent in den Umfragen eine verdammt große Minderheit. Wie mir ihr umgegangen wird, ist ein Skandal.

Und, was die anderen Parteien nicht begreifen: Es macht die AfD immer stärker. Seit 2013, seit den

komplett harmlosen Lucke-Jahren, haben sie die AfD ausgegrenzt. Und alle Bürger, auch die, die sie nicht mögen oder wählen, sehen, dass hier undemokratisch und diskriminierend gegen eine konkurrierende politische Kraft vorgegangen wird. Einfach weil sie es (noch) können.

Und das Schlimmste: Offenkundig gibt es nur wenige Möglichkeiten für die AfD, sich dagegen zu wehren. Das Verfassungsgericht hat inzwischen in mehreren Urteilen der AfD Recht gegeben, aber leider, leider, könne man nichts ändern. Die Mehrheit entscheidet halt letztlich.

Wenn diese dumpfe Blockadehaltung der anderen Parteien – von Grünen und Linken ist leider demokratiethoretisch nicht mehr zu erwarten – nicht sehr schnell endet, dann werden die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht sogar die in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im kommenden Jahr zu Volksabstimmungen darüber, ob unsere Gesellschaft demokratische Spielregeln noch einhalten will oder nicht.

Zumindest in Sachsen-Anhalt wäre dann – so sagen mir seriöse Demoskopien – eine absolute Mehrheit der Sitze im Landtag, ergo eine AfD-Alleinregierung möglich. Und dann schreiben die Mainstreammedien wieder: Das hätten wir nicht für möglich gehalten....

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Klaus Kelle

Bürgerlich-Konservativ, seriös und Meinungsstark: Wenn Sie möchten, dass freie Medien wie dieses eine Zukunft haben, dann spenden Sie bitte für unsere Arbeit mit PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!